

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 57 (1977-1978)  
**Heft:** 3

**Artikel:** Britische Ungewissheiten  
**Autor:** Bernheim, Roger  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-163313>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 27.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Britische Ungewissheiten

Grossbritannien ist heute das Land, wo der Kontinentaleuropäer billig Ferien macht und billig einkaufen geht. Von Frankfurt, Zürich, Brüssel, Paris, Madrid, Amsterdam fliegt er in Reisegruppen nach London, mit leerem Koffer, lässt sich dort gleich vom Flugplatz aus zu den Warenhäusern an der Oxford Street fahren, und zwei Tage später, wenn er nach Hause zurückfliegt, ist der Koffer vollgestopft, aber der Geldbeutel trotzdem noch lange nicht leer. Vor zwanzig Jahren war Spanien das billige Ferien- und Einkaufsland Europas, und damals reiste auch der Engländer dorthin; heute ist ihm Spanien zu teuer geworden; der Spanier macht jetzt Ferien in England. So geht es mit den Ländern auf und ab, manchmal im Laufe von nur zwanzig Jahren, und man tut gut, sich das in Erinnerung zu rufen, bevor man sich dem Land zuwendet, das jeweils gerade wirtschaftlich unten ist. Die Bezeichnung «der kranke Mann von Europa» galt 1950 Frankreich, heute gilt sie England, in 25 Jahren wird vielleicht wieder ein anderes Land an der Reihe sein. Die Engländer sind fest davon überzeugt. Erdöl wird aus der Nordsee für sie fließen, ausreichend für den Eigenbedarf ab Anfang der achtziger Jahre, die teuren Ölimporte werden dahinfliegen, es werden sich Zahlungsbilanzüberschüsse ergeben, mehr als genug für die Rückzahlung der Schulden. Es gibt Engländer, darunter namhafte Politiker, die davon überzeugt sind, dass der Ölstrom, wenn er einmal richtig zu fließen beginnt, alle Schwierigkeiten der Engländer wegschwemmen wird: die Auslandsschulden, die Inflation, die Stagnation, die Unproduktivität, die Zahnschmerzen, alles. Für sie besteht das Problem Grossbritanniens nur darin, zu überleben, bis es sich um Öl gesund baden kann. Doch das Öl allein wird die englische Krankheit nicht heilen, ebensowenig wie Aspirin einen Gehirntumor heilt. Und im Gegensatz zu den Kopfschmerztabletten, die man unbegrenzt nachbeziehen kann, wird der Ölstrom der Nordsee versiegen, vielleicht schon nach dreissig oder vierzig Jahren.

Woran krankt Grossbritannien? Die Symptome der Krankheit sind bekannt: geringe Produktivität, hoher Konsum, Inflation, geringe Investitionen, stagnierendes Wachstum der Wirtschaft, Verschuldung dem Ausland gegenüber. Symptomkuren sind unternommen worden. Zum Beispiel mehrmals eine Einkommenspolitik mit strenger Lohnbegrenzung zur Bekämpfung der Inflation. Aber die Ursache der Inflation in Grossbritannien liegt

nicht bei den übermässigen Lohnerhöhungen, die gefordert und zugestanden worden sind, sondern beim unkontrollierten Wachstum der Geldmenge. Deshalb hat noch keine Lohnbegrenzung die Inflation beseitigt, allenfalls vorübergehend ein wenig gebremst. Eine andere Symptomkur ergab sich sozusagen von alleine, nämlich die Pfundabwertung: Sie verbesserte die Wettbewerbsposition der britischen Exporteure auf den Weltmärkten. Trotzdem ist die britische Ausfuhr kaum angestiegen. Das hat zwei Gründe. Erstens erhöhten viele Unternehmer die Exportpreise im Verhältnis zur Pfundabwertung. Sie zogen den raschen Gewinn dem risikoreichen langfristigen Ausbau der Exportproduktion vor. Zweitens stagniert die britische Ausfuhr eben nicht nur wegen der Preise, sondern auch deshalb, weil die Exporteure sich auf den Weltmärkten zu wenig anstrengen und weil sie oft wegen Arbeitskonflikten die Liefertermine nicht einhalten können.

Welches sind die Ursachen der englischen Krankheit? Viele Leute machen die Gewerkschaften für das Übel verantwortlich. Andere die Manager. Wiederum andere die Klassenspaltung oder das Schulwesen oder das Übergewicht des Staates in der Industrie oder das leistungsdämpfende Steuersystem oder den Zickzackkurs der Wirtschaftspolitik, die bei jedem Parteiwechsel im Regierungsamt von Grund auf geändert wird. In Wahrheit sind die Dinge komplizierter. Mehrere Ursachen liegen vor. Die wichtigste besteht darin, dass die Umwandlung der imperialen Protektionswirtschaft in eine Wettbewerbswirtschaft noch nicht vollzogen ist. Eine weitere Ursache ist die, dass die politischen Gewichte im Lande sich verlagert haben (unter anderem in Richtung der Gewerkschaften hin), aber das politische Leben mit der neuen Machtkonstellation noch nicht zurechtgekommen ist. Diese inneren Krankheitsherde haben zur Folge, dass die von aussen hinzukommenden weltweiten Wirtschaftsschwierigkeiten sich in Grossbritannien stärker auswirken als in andern Industriestaaten. Ein kranker Mann leidet eben stärker unter der Kälte als ein gesunder.

Jeder Imperialismus – der niedergegangene britische oder portugiesische wie der blühende sowjetische – schafft im Herrscherstaat Wirtschaftsstrukturen, die dem Land zum Nachteil gereichen, sobald es seine Besitzungen oder Einflussphären verliert. Der Textilfabrikant von Manchester brauchte über Generationen hinweg seinen Betrieb nicht zu modernisieren und keine Verkaufsanstrengung zu leisten, denn die imperiale Macht sorgte dafür, dass er in den Kolonien seine Rohstoffe billig beziehen und seine Waren teuer verkaufen konnte. Als die Kolonien verloren gingen und mit ihnen die geschützten Märkte, hätte der Fabrikant umlernen müssen. Er hätte seinen Betrieb rationalisieren, das Warensortiment der Nachfrage anpassen und auf den Weltmärkten eine Verkaufsanstrengung

leisten sollen. All das ist damals nicht geschehen und ist in breiten Bereichen der Industrie noch immer nicht geleistet worden.

Das Empire hat nicht nur unzulängliche Wirtschaftsstrukturen, sondern auch unzulängliche Denkgewohnheiten hinterlassen. Eine davon besteht darin, dass eine Laufbahn in der Industrie wenig gilt. In der Kolonialzeit gingen junge Leute, die Reichtum begehrten oder soziales Ansehen, oder die schon von Geburt her der Oberschicht angehörten, nicht in die Industrie. Sie gingen in den Staatsdienst oder zum Militär oder in den Handel oder in das Bankgeschäft. Dieses waren die Berufe, die damals einem fähigen und ehrgeizigen jungen Mann den Weg nach oben öffneten. Von diesem Mann wurde nicht in erster Linie fachliche Kenntnis verlangt, sondern sicheres Auftreten, die Fähigkeit zur Menschenführung und das Vermögen, jederzeit jede Situation wenigstens äusserlich zu meistern, gleichgültig ob dadurch die Probleme, die der Situation innewohnen, gelöst werden oder nicht. Der Formung solcher Menschen dienten die privaten Eliteschulen, die sogenannten «Public schools» wie Eton und Harrow. Diese Schulen sollten nicht so sehr Wissen vermitteln als das, was damals ein britischer Erzieher als «effortless superiority», mühelose Überlegenheit definierte. An diesem Erziehungsideal haben viele Public schools bis vor wenigen Jahren festgehalten. Im Zeitalter der Leistungshochzucht führen sie damit fort, Menschen zu formen, die sich bei der Arbeit mehr auf sicheres Auftreten als auf fachliches Können verlassen und im Umgang mit den Mitarbeitern und Untergebenen mehr auf einen Führungsanspruch bauen als auf Menschenkenntnis. Man muss Verständnis dafür aufbringen. Don Quijote war ein Ritter von trauriger Gestalt, aber die Welt, der er nachträumte, hatte ihre Schönheiten.

### *Die Schulreformen*

Schon in den dreissiger Jahren begannen sich allerdings die Dinge zu ändern. Der Hochschulabschluss gewann an Bedeutung, auch für den höheren Staatsdienst; daraus ergab sich ein Konkurrenzkampf zwischen den Public schools, also den teuren Privatschulen, und den «Grammar schools», die dem Fachunterricht mehr Aufmerksamkeit schenkten als die Public schools. Grammar schools sind höhere Mittelschulen, Gymnasien, die entweder ganz dem Staat gehören oder im privaten Besitz sind, aber staatliche Zuschüsse erhalten unter der Bedingung, dass sie auch Kinder aufnehmen, deren Eltern kein Schulgeld zu zahlen vermögen. Alle Kinder, die an eine Grammar school wollen, müssen sich einer Aufnahmeprüfung unterziehen, gleichgültig ob die Eltern Schulgeld zahlen werden oder nicht. Die Grammar

schools waren mehr auf akademische Vorbildung ausgerichtet als die Public schools; sie brachten demzufolge mehr Schüler auf die Universität. Die Public schools mussten deshalb, um ihre Anziehungskraft auf die zahlungsfähigen Eltern zu behalten, der fachlichen Ausbildung der Schüler mehr Aufmerksamkeit schenken als bisher. Heute wird eine Mittelschule nicht mehr nach dem Klang ihres Namens beurteilt, sondern nach der Zahl der Schüler, die sie auf die Hochschule bringt. Einige Grammar schools sind hervorragende Schulen und sind in England so bekannt wie die berühmten Public schools.

Seit den vierziger Jahren wird das Schulwesen beinahe ununterbrochen umgestaltet. Doch die Debatte über die Schulreform drehte sich bis vor kurzem kaum um die Frage, welcher Bildungsstand zu erstreben sei und welche Unterrichtsmethode sich am besten für das gewählte Bildungsziel eigne; vielmehr diskutierte man, wie das Schulwesen beschaffen sein müsse, damit eine vorgezeichnete Gesellschaftsstruktur daraus hervorgehen werde. Die Fragestellung ist begreiflich, denn das Schulsystem war eben, und ist zum Teil noch, ein Klasseninstrument der Oberschicht: Die vermögenden Leute kaufen ihren Kindern die immer noch erheblichen Privilegien einer Privatschule. Da man die Privatschulen nicht abschaffen kann, ist man jetzt daran gegangen, die Grammar schools abzuschaffen, also ausgerechnet die Schulen, die die Demokratisierung im britischen Schulwesen gefördert haben und zu den besten Lehranstalten des Landes gehören. Sie werden abgeschafft, weil nach Auffassung der Labourpartei die Aufnahmeprüfung dieser Schulen die Ungerechtigkeit im britischen Schulwesen aufrechterhält: Kinder aus dem Mittelstand und der Oberschicht seien aufgrund des Milieus, in dem sie aufwachsen, besser als Arbeiterkinder darauf vorbereitet, die Aufnahmeprüfung zu bestehen. An die Stelle der Grammar schools kommen Gesamtschulen, die keine Aufnahmeprüfung abhalten, also keine Auswahl treffen. Hochbegabte Kinder sitzen auf einer Schulbank neben Unbegabten oder Lernunwilligen. Die Theorie lautet, dass die Begabten die Unbegabten und Lernunwilligen mit sich ziehen würden; doch vorderhand geschieht die Nivellierung nach unten, nicht nach oben. Deswegen wendet man sich jetzt Fragen der Unterrichtstechnik zu. Man experimentiert mit neuen Methoden. Die Experimente geschehen im Rahmen einer Schulstruktur, die selber neu ist, selber sich noch im Stadium des Experiments befindet. Und die ganze Experimentiererei erfolgt erst noch zu einer Zeit, da die Gelder knapp sind und nicht ausreichen für die Mittel, die zur sorgfältigen Durchführung der Experimente nötig wären. Das Ergebnis von alledem ist vorderhand nicht sehr glücklich.

Die Änderungen im Schulwesen haben die Mobilität zwischen den Klassen, also die Bewegung von einer Klasse zur andern stimuliert. Die

drei letzten Premierminister: Heath, Wilson und Callaghan sowie die gegenwärtige Führerin der Konservativen Partei, Frau Thatcher, stammen aus bescheidenen Verhältnissen. Sie haben keine Privatschule besucht. Wilson, Heath und Frau Thatcher gingen auf eine Grammar school und erarbeiteten sich mit ihren Leistungen Stipendien für Oxford. Callaghan ging überhaupt nicht auf eine höhere Mittelschule. Heaths Vater war Zimmermann, Frau Thatchers Vater besass einen kleinen Gemüseladen. Der einstmalige Premierminister Macmillan hatte in seinem Kabinett noch sechs Politiker, die in Eton zur Schule gegangen waren, Heath noch deren drei, Wilson keinen mehr. Der gegenwärtige Gouverneur der Bank of England, also der Notenbank, sowie der oberste Beamte des Schatzamtes und der Vorsteher des britischen Beamtenapparats sind ebenfalls nicht auf eine Privatschule gegangen. Früher waren solche Schlüsselpositionen den einstmaligen Zöglingen der Public schools vorbehalten. Sogar der diplomatische Dienst, in dem ein starker Kastengeist lebt, rekrutiert weniger Leute aus den Privatschulen als früher. Von den Bewerbern, die zwischen 1950 und 1954 das Eintrittsexamen für den diplomatischen Dienst bestanden, hatten 83 Prozent eine Privatschule besucht; zwanzig Jahre später, in den Jahren zwischen 1970 und 1974, betrug deren Anteil 66 Prozent. Bei den gleichen Vergleichsgruppen fiel der Anteil derer, die in Oxford oder Cambridge studiert haben, von 89 auf 67 Prozent. Beim Eintrittsexamen für den höheren Staatsdienst ausserhalb des Aussenministeriums betrug unter den erfolgreichen Kandidaten der Anteil der Absolventen von Oxford oder Cambridge am Ende der fünfziger Jahre 88 Prozent, zehn Jahre später 59 Prozent.

Die Institutionen der alten Oberschicht verlieren also an Gewicht; aber ihre Bedeutung ist doch noch erheblich, besonders in der Politik, im Staatsdienst und im Geldgeschäft und Grosshandel. Von allen Hochschulabsolventen haben nur 10 Prozent in Oxford oder Cambridge studiert, aber im Unterhaus sind von den 635 Abgeordneten 246 auf diese Universitäten gegangen; nur 177 haben an andern Hochschulen studiert. Fast ein Drittel der Unterhausabgeordneten, nämlich 206, haben eine Privatschule besucht. Im Kabinett Callaghan haben von den 24 Mitgliedern 13 in Oxford oder Cambridge studiert. Die meisten höheren Beamten des Landes und die meisten namhaften Vertreter der Geisteswissenschaften gingen auf eine Privatschule und nachher nach Oxford oder Cambridge. Berücksichtigen muss man allerdings, dass heute das gesellschaftliche Spektrum unter den Studenten von Oxford und Cambridge viel breiter ist als früher. Man findet an diesen beiden Universitäten viele Studenten aus ärmeren Kreisen.

Die Mobilität zwischen den Klassen hat also zugenommen; aber die Klassentrennung ist nach wie vor stark. Mobilität gab es in der britischen

Gesellschaft schon immer. Durch Heirat, Verdienst oder Erwerb von Adelstiteln gelangten Leute aus den unteren Schichten nach oben. Sie übernahmen dort die Gepflogenheiten und Charakteristiken der Oberschicht, und die Oberschicht ihrerseits akzeptierte und absorbierte sie. Das ist heute nicht anders. Wer nach oben gelangt, will Mitglied eines exklusiven Clubs werden, schickt seine Kinder auf eine Privatschule und befließigt sich einer gepflegteren Sprache, damit die Kinder sich vor ihren Schulkameraden nicht schämen müssen.

### *Die Macht der Gewerkschaften*

Seit dem Ende des letzten Weltkriegs vor 32 Jahren hat in Grossbritannien insgesamt 15 Jahre lang die Labourpartei regiert. Sie hat die Erbschaften und die hohen Einkommen drastisch besteuert und mannigfaltige Sozialdienste geschaffen. Trotzdem ist der Graben zwischen arm und reich nicht kleiner geworden. Deshalb gewinnen linksextreme Strömungen an Boden, sowohl in der Labourpartei wie in den Gewerkschaften. In der Partei ist der Linksrutsch vor allem im Parteiapparat festzustellen. Das Nationale Exekutivkomitee der Partei zum Beispiel wird vom linken Parteiflügel beherrscht. Es befindet sich seit einiger Zeit in einem Dauerkonflikt mit der Labourregierung, wo der rechte Parteiflügel überwiegt. In der Unterhausfraktion haben ebenfalls die Gemässigten die Mehrheit. Entscheidend für die Regierungspolitik ist die Regierung und die Fraktion, nicht das Exekutivkomitee; aber die ständigen Reibereien zwischen dem Premierminister und dem Apparat seiner Partei erschweren die Arbeit des Regierungschefs. Im Kabinett sind die Vertreter der Parteilinken, etwa Energieminister Anthony Wedgwood Benn, zur Zeit isoliert; sie kommen propagandistisch wenig zum Zug. Das würde sich augenblicklich ändern, wenn die Wirtschaftspolitik der Regierung scheitern sollte. Dann wäre zum zweitenmal eine gemässigte Labourpolitik erfolglos geblieben; die Extremisten in der Partei könnten auftrumpfen und würden die Oberhand gewinnen. Kommunisten oder Trotzlisten oder Maoisten gibt es vereinzelt im Parteiapparat, aber im Nationalen Exekutivkomitee und in der Parlamentsfraktion Labours keine. Die Kommunistische Partei hat noch niemals einen Sitz im Unterhaus erobert. Der einzige Vertreter der KP im britischen Parlament ist ein Lord, Lord Milford, und sitzt im Oberhaus. Er ist in Eton zur Schule gegangen und hat in Oxford studiert.

Bei den Gewerkschaften sind die Linksextremisten unter den mittleren und unteren Kadern stark. Das ist nichts Neues. Die Kommunistische Partei Grossbritanniens hat seit jeher ihre Tätigkeit auf die Gewerkschaften

konzentriert, da sie keine Aussichten hat, Abgeordnete ins Unterhaus zu bringen. Neu jedoch ist die Militanz unter Gewerkschaftsleuten, die keine Kommunisten sind. Das begann anfangs der siebziger Jahre und rührt unter anderem daher, dass breite Arbeiterkreise der Auffassung sind, die Regierung – sowohl unter Heath wie unter Wilson und Callaghan – habe bei ihrer Einkommenspolitik zweierlei Mass angelegt: Den Arbeitern begrenze man die Löhne, aber die Reichen lasse man ungestraft Schwarzgeld machen und Steuern hinterziehen; Spekulanten könnten ungehindert über Nacht, ohne einen Finger zu rühren, Riesengewinne einstecken. Tatsächlich blühte die Spekulation vor allem unter der Politik des leichten Geldes der Regierung Heath. Wertmässig fiel diese Spekulation im Rahmen der Wirtschaft überhaupt nicht ins Gewicht; aber politisch war sie eben doch wirksam, hat Bitterkeit zurückgelassen.

Die grosse Bedeutung der Gewerkschaften in England hat sich zum Teil aus den Lebensgewohnheiten ergeben. In kontinentaleuropäischen Ländern, vor allem im deutschen Sprachgebiet, gehörte es früher zu den Usanzen, dass ein Handwerker nach beendeter Lehrzeit sich auf Wanderschaft begab und sich eine Weile in der Welt umsah. In England war dergleichen unbekannt. Die jungen Leute blieben in ihrem Heimatort; es zog sie allenfalls nach London, wo die Löhne besser und die Vergnügungsmöglichkeiten mannigfaltiger waren. Erlebnisse und Erfahrungen in der Fremde suchten sie nicht. In ihrer engsten Heimat hegten sie ihre Wurzeln und pflegten die Geselligkeit im Rahmen eines immer gleichbleibenden Kreises von Freunden. Das ist noch heute so. Die Sesshaftigkeit wurde verstärkt durch die Schwierigkeit, anderswo eine Unterkunft oder gar Wohnung zu finden. Diese Unbeweglichkeit hatte zur Folge, dass der Arbeitgeber wenig Anlass hatte, die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen; sie blieben ja auf jeden Fall bei ihm. Daher die grosse Bedeutung, die die Gewerkschaften für den englischen Arbeiter erhielt und behalten hat.

Die Gewerkschaftsführer gehören heute zur politischen Elite des Landes. Verschiedene von ihnen haben sich die schlechten Eigenschaften der alten Elite zu eigen gemacht. Sie wollen nicht umlernen, nicht umdenken, Neues nicht nutzbar machen. Sie verschliessen sich – genauso wie früher die Arbeitgeber – der Einsicht, dass das Verhältnis zwischen den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern ein anderes sein könnte als das zwischen Gegnern. Wiederum ist Verständnis aufzubringen, so wie für das Festhalten der Public schools am alten Erziehungsideal. Don Quijote träumt von vergangenem Glanz, die Gewerkschaftsführer erinnern sich an vergangenes Elend. Viele von ihnen haben am eigenen Leib erfahren, wie in Grossbritannien in den Krisenjahren der Zwischenkriegszeit die Reichen sich wenig um die Armen, die Arbeitgeber sich wenig um die Arbeiter kümmerten – trotz des

vorangegangenen gemeinsamen Erlebnisses der Schützengräben von Flandern. Bei manchen von ihnen hat sich die Überzeugung erhalten, dass ungezwungen kein Arbeitgeber für seine Arbeiter etwas tut. Auf der andern Seite gibt es noch Arbeitgeber, die meinen, dass ein Arbeiter a priori zu nichts Rechtem taugt. Es kennzeichnet die Situation, dass in Grossbritannien das Wort Sozialpartner unbekannt ist. Man spricht von den «beiden Seiten der Industrie». Der Begriff trägt dazu bei, dass die für beide Seiten unergiebigere Klassenkampfatmosphäre erhalten bleibt.

Viel Unrast in der britischen Industrie entsteht aus den Mängeln, die der Gewerkschaftsstruktur innewohnen. Es gibt zu viele Einzelgewerkschaften; sie rivalisieren miteinander, werben einander Mitglieder ab, und diese Rivalitätskämpfe verursachen oft Streiks. Ein zweiter Strukturmangel besteht darin, dass die Führer einer Gewerkschaft sich den Gewerkschaftsmitgliedern und untern Kadern gegenüber nicht durchsetzen können. Daher die unzähligen wilden Streiks, die gegen den Willen der Gewerkschaftsführung, oft sogar gegen den Willen der Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder ausgelöst werden. Machtlos ist weiter der Gewerkschaftsbund (Trades Union Congress) den ihm angeschlossenen Einzelgewerkschaften gegenüber. Er kann Empfehlungen ausgeben, aber die Gewerkschaften brauchen diese nicht zu befolgen.

Seit den sechziger Jahren haben verschiedene Regierungen versucht, Ordnung in die Gewerkschaftsbewegung zu bringen. Die Gewerkschaften wideretzten sich diesen Bestrebungen. Sie zwangen 1969 die Regierung Wilson, eine Gesetzesvorlage, die in diese Richtung zielte, zurückzuziehen. 1971 brachte die Regierung Heath ein entsprechendes Gesetz durch das Parlament, aber die Gewerkschaften boykottierten es, und nach der Wahlniederlage Heaths setzte Wilson 1974 das Gesetz ausser Kraft.

Heath selber hatte den Misserfolg seines Gewerkschaftsgesetzes frühzeitig erkannt und versuchte ab 1972 auf andere Weise, den anarchistischen Tendenzen unter den Gewerkschaften entgegenzuwirken. Er bot den Gewerkschaften an, bei der wirtschaftspolitischen Willensbildung der Regierung mitbestimmen zu dürfen, vorausgesetzt, dass sie die ihnen daraus zufließende Verantwortung übernehmen würden. Die Gewerkschaften zeigten sich daran interessiert. Gespräche kamen in Gang. Doch dann brach der Konflikt zwischen Heath und den Bergarbeitern aus, hielt die angelaufenen Gespräche auf und brachte schliesslich Heath zu Fall. Wilson setzte das Experiment fort, gab ihm den Namen Sozialvertrag, machte aber den Gewerkschaften viel weitergehende Zugeständnisse als Heath vorgesehen hatte. Nach substantiellen Vorleistungen der Regierung Wilson stimmten die Gewerkschaften 1975 einer Lohnbegrenzung zu. Sie haben sich seither daran gehalten, aber jetzt gerät die Politik der Lohnmässigung allmählich in

Schwierigkeiten. Die Lohnbegrenzung hat das Lohngefüge verzerrt, hat namentlich die Einkommensunterschiede nivelliert, die zwischen den verschiedenen Fachstufen bestanden hatten. Die gelernten Facharbeiter wollen die Unterschiede wieder herstellen. Der Widerstand gegen die Fortsetzung der Lohnmässigung wird dadurch verstärkt, dass die Lohnempfänger von der geringen Wirkung ihres Opfers enttäuscht sind. Man hatte ihnen gesagt, dass die Inflation zur Hauptsache eine Folge übermässiger Lohnforderungen sei. Das stimmte nicht. Die Inflation war in erster Linie eine Folge der masslosen Aufblähung der britischen Staatsausgaben für unproduktive Belange. Jetzt haben die Arbeiter zwei Jahre lang Lohnmässigung geübt, aber das hat die Inflation nicht beseitigt, allenfalls zu ihrer Verlangsamung beigetragen. Die Inflationsrate liegt immer noch bei 17 Prozent. Der Glaube der Arbeiter an die Zweckdienlichkeit ihres Opfers ist geschwunden. Die Gewerkschaftsführer, die früher stets nur als Lohnforderer tätig waren, müssen nun plötzlich als Lohnbremsler auftreten. Sie erscheinen in der Rolle der Bosse. Eine Kluft tut sich auf zwischen ihnen und den Gewerkschaftsmitgliedern. Linksextremisten nützen die Situation aus. Sie stellen die Gewerkschaftsführer als Lakaien des Kapitals hin. Doch die jüngste Streikwelle ist nicht etwa das Werk dieser Extremisten; sie schüren bloss einen Konflikt, der nicht ihretwegen entstanden ist.

Ist es unter solchen Umständen sinnvoll, an der Einkommenspolitik festzuhalten? Einige Engländer verneinen die Frage. Ihrer Meinung nach kann die Lohnbegrenzung nichts Nennenswertes zur Inflationsbekämpfung mehr beitragen. Andere dagegen, unter ihnen Premierminister Callaghan und namhafte Führer der Gewerkschaften und der Opposition, sind der Auffassung, dass es zur Sanierung der Währung unerlässlich sei, vorläufig ein gewisses Mass an vereinbarter Lohndisziplin aufrechtzuerhalten. Die Lohnbegrenzung müsse allerdings lockerer gefasst werden als bisher. Angesichts der Disziplinlosigkeit unter den britischen Gewerkschaften dürfte diese Auffassung die richtige sein, sofern den Gewerkschaften erklärt wird, dass die Lohnbegrenzung in erster Linie nicht eine währungspolitische, sondern eine erzieherische Massnahme ist.

Die Arbeiter zweifeln nicht nur am Nutzen der Lohnmässigung; sie zweifeln auch an der Fähigkeit des Arbeitgebers, sein Unternehmen voll auszunützen. Sie vermuten, dass er wegen fachlicher Unzulänglichkeit die Arbeiter um Lohnerhöhungen bringt, die ein fähigerer Unternehmer aus dem Betrieb herausholen würde. Die Gewerkschaften sind sich mit den Unternehmern und Betriebsleitern einig, dass die Produktivität in der britischen Industrie gesteigert werden muss. Uneinig sind sich die Sozialpartner über die Ursachen der niedrigen Produktivität und über die Heilmittel. Die Unternehmer und Betriebsleiter sagen, die Maschinen würden nicht voll ausge-

nützt und die Betriebsbelegschaft sei grösser als nötig; man müsse die Arbeitspausen kürzen und die Zahl der Arbeiter auf das Normalmass reduzieren. Die Gewerkschaften sind anderer Meinung. Sie machen das Management dafür verantwortlich, dass die Maschinen schlecht ausgenützt werden. Zudem fehle es an Neuinvestitionen. Nur mit Investitionen lasse sich die Produktivität steigern, nicht durch Verkürzung der Arbeitspausen.

Dass in Grossbritannien der Arbeiter weniger intensiv arbeitet als etwa in der Schweiz oder in der Bundesrepublik, steht ausser Zweifel. Der finanzielle Anreiz ist eben auch geringer. Das britische Steuerwesen bringt einen Lohnempfänger bald einmal an die Schwelle, von der aus seine Mehrleistung mehr dem Staat als ihm selber zugute kommt. Zudem widersetzen sich die britischen Gewerkschaften in der Regel den Produktivitätszulagen. Diese erscheinen ihnen ungerecht den Arbeitern gegenüber, die wegen Alter oder gesundheitlicher Behinderung weniger leistungsfähig sind als der Durchschnitt.

### *Management ohne Prestige*

Wie steht es mit dem Management? Es gibt in Grossbritannien genau so wie anderswo gut geführte und schlecht geführte Betriebe. Aber eine Besonderheit der britischen Industrie, sowohl der staatlichen wie der privaten, fällt auf: Sie zieht wenig Hochschulabsolventen an. Bei der metallverarbeitenden Industrie zum Beispiel beträgt der Anteil der Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler an der gesamten Beschäftigtenzahl 1,8 Prozent; in der Bundesrepublik sind es dreimal mehr, in Frankreich ebenfalls, in Schweden fast viermal mehr. In Grossbritannien ist das technische Personal zum grössten Teil in den Forschungsabteilungen der Industrieunternehmen beschäftigt, kaum in den Konstruktionsbüros und in der Betriebsführung. Die Betriebsleiter besitzen geringe technische Kenntnisse, die Techniker und Ingenieure wenig praktische Erfahrung. An den technischen Hochschulen des Landes lehren im Gegensatz etwa zur Bundesrepublik wenige Dozenten, die längere Zeit in einem Industriebetrieb gearbeitet haben. Die technischen Hochschulen und Fakultäten üben auf angehende Studenten eine geringere Anziehungskraft aus als die Geisteswissenschaften und die Medizin. Um trotzdem Studenten zu erhalten, haben die technischen Lehranstalten ihre Aufnahmebedingungen im Vergleich mit den andern Fakultäten herabgesetzt. Die verhältnismässig wenigen jungen Leute, die sich zu einem technischen Studium entschliessen, verfügen also beim Studienbeginn erst noch über durchschnittlich geringere Geistesgaben als die Studenten der andern Berufsrichtungen.

Wie erklärt sich die geringe Anziehungskraft eines technischen Studiums bei einem Volk, das so gerne und so vorzüglich an Maschinen und Motoren bastelt? Einen Grund habe ich bereits genannt: Eine Laufbahn in der Industrie gilt in den oberen Gesellschaftsschichten nicht als standesgemäss. Das hält nicht nur die oberen Schichten von dieser Laufbahn ab, sondern auch die aufwärtsstrebenden Söhne des Mittelstands und der Arbeiterklasse. Der gesellschaftliche Status eines Beamten, Arztes, Rechtsanwalts, Pfarrers, Offiziers oder Bankmanns ist höher als der eines Ingenieurs. Daraus ergibt sich wohl auch der zweite Grund für die geringe Anziehungskraft, nämlich dass die Löhne für Techniker und Ingenieure verhältnismässig niedrig sind.

Und wie verhalten sich die Kapitalgeber? Tatsächlich investieren sie zu wenig in die Industrie, obwohl Investitionen dringend notwendig wären. Doch ganz falsch ist die Meinung der Gewerkschaften, dass zur Sanierung der Industrie nichts anderes nötig sei als Geld. Das trifft um so weniger zu, als ja die Gewerkschaften selber sich oft der Rationalisierung widersetzen, derentwegen eine Neuinvestition geschehen ist. Das ist einer der Gründe dafür, weshalb der Kapitalgeber sein Geld lieber in Häuser oder im Ausland anlegt. Ein zweiter Grund liegt in der Angst der Kapitalgeber vor weiteren Verstaatlichungen. Ein dritter hängt mit der unsteten Wirtschaftspolitik Londons zusammen, die sich aus dem britischen Regierungssystem ergibt und jegliche langfristige Planung unmöglich macht.

In der Vergangenheit hat das britische Regierungssystem dem Land politische Stabilität gegeben. Das System ist leicht verständlich und leicht zu handhaben. Es gibt zwei Hauptparteien, von denen wechselweise die eine regiert, die andere opponiert. Jede Partei hat ihr eigenes Programm, und die beiden Programme sind deutlich voneinander unterscheidbar. Da bisher die jeweils regierende Partei meistens eine solide Parlamentsmehrheit besass, brauchte sie keine Rücksichten zu nehmen, keine Kompromisse zu schliessen. Die Oppositionspartei andererseits, jeder Möglichkeit zur Einflussnahme beraubt, trieb einfach Opposition um der Opposition willen. Alle paar Jahre wurden die Positionen vertauscht: Die Oppositionspartei kam an die Regierung, warf das Steuer herum und verwirklichte ihr Programm, bis wieder die andere Partei an die Reihe kam, das Steuer herumzuwerfen.

Das System funktionierte gut, solange die Wirtschaftsstruktur des Landes einfach war und der Staat geringen Anteil daran hatte. Heute ist die Wirtschaft kompliziert, und ein grosser Teil davon gehört dem Staat. Rasches Entscheiden und langfristiges Planen sind nötig, sowohl im privaten wie im staatlichen Sektor, aber wie soll einer auf lange Sicht planen und investieren, wenn alle paar Jahre sich alles ändert? Die Sache wird dadurch

noch verschlimmert, dass jede Partei, wenn sie in der Opposition ist, sich auf ihre Doktrin besinnt. Die Labourpartei rutscht in der Opposition nach links, die Konservative Partei nach rechts. Wenn die Partei aus der Opposition wieder an die Regierung gewählt wird, braucht sie ein bis zwei Jahre, um von den Extrempositionen loszukommen, auf die sie sich in der Opposition festgenagelt hat. Für das Land sind das jedesmal ein bis zwei verlorene Jahre – doppelt verloren deshalb, weil jede neue Regierung vieles rückgängig macht von dem, was die vorhergehende geschaffen hat. An Stelle einer kontinuierlichen Entwicklung tritt ein Zickzackkurs, der viele Trümmer zurücklässt. Das klassische Beispiel ist die Stahlindustrie: Sie wurde 1949 von Labour verstaatlicht, 1953 von den Konservativen in den Privatbesitz zurückgeführt und 1965 von Labour erneut verstaatlicht. Solches Hin und Her trifft alle Gebiete, nicht nur die Wirtschaft, auch die Schulen, den Gesundheitsdienst, das Sozialwesen, sogar die Kulturpolitik.

Es gibt Kräfte, die dem entgegenwirken möchten. Sie erstreben eine politische Neugruppierung, ein Zusammenschluss im politischen Mittelfeld: Der gemässigte Flügel Labours, der gemässigte Flügel der Konservativen und die Liberale Partei sollen zusammenkommen, sei es zu einer neuen Zentrumspartei, sei es bloss zu einer Zusammenarbeit oder Koalition im Parlament. Unter den Politikern sind die Befürworter dieser Neugruppierung schwach; sie sind stärker im Volk, aber das in Grossbritannien geltende Mehrheitswahlrecht hat bisher den Zusammenschluss auf der Mitte verhindert. Man wählt bei den Parlamentswahlen in Einerwahlkreisen, wo der Kandidat mit der höchsten Stimmenzahl gewinnt. Dieses System lässt eine kleine Partei wie die der Liberalen oder eine neugegründete Partei nicht aufkommen. Unter dem Verhältniswahlrecht würden die Liberalen viele Unterhaussitze gewinnen, und die Konservativen und die Labourpartei würden ihr Regierungsmonopol verlieren; deshalb widersetzen sich diese beiden Parteien der Einführung des Verhältniswahlrechts. Aufkommen können aber unter dem Mehrheitswahlrecht kleine Parteien von regionaler Bedeutung wie die schottischen und die walisischen Nationalisten, die ihren Wahlkampf auf ein begrenztes Gebiet konzentrieren und dort eine konkrete Unzufriedenheit ausnützen.

In den letzten Monaten ist allerdings im Parlament eine Änderung eingetreten. Sie wurde verursacht durch die bestehenden Mehrheitsverhältnisse. Die Labourregierung hat seit 1974 im Parlament nur eine knappe oder überhaupt keine Mehrheit über die vereinigten Stimmen der Opposition; trotzdem konnte sie bis vor wenigen Monaten fast ungestört regieren und Gesetze schaffen, weil die Opposition ihre Stimmen kaum je vereinigt abgab. Ein paar Abgeordnete der Opposition stimmten immer mit der Regierung, meistens die schottischen und walisischen Nationalisten, weil

ihnen die Labourregierung ein Parlament in Schottland und in Wales in Aussicht gestellt hat. Doch der Versuch der Regierung, dieses Versprechen einzulösen, ist vorderhand gescheitert, und zwar wegen einer Rebellion in der Regierungsfraktion. Deshalb haben die Nationalisten keinen Anlass mehr, die Regierung im Parlament zu unterstützen. Sie haben im Gegenteil ein Interesse daran, die Regierung zu stürzen, denn sie würden bei Neuwahlen in Schottland und Wales der Labourpartei Unterhaussitze entreissen. Die Regierung sah sich deshalb gezwungen, unter den andern Zwergparteien der Opposition Verbündete zu finden. Die Liberale Partei war zu einem Bündnis bereit. So wie die Labourpartei würde auch sie, wenn jetzt Neuwahlen stattfänden, Sitze verlieren; alle Nachwahlergebnisse und Meinungserforschungen der letzten Monate zeigen das. Beide Parteien haben somit ein Interesse daran, Neuwahlen zu verhindern. Das zu diesem Zweck geschlossene Bündnis ist keine Koalition. Die Liberalen sind nicht in der Regierung. Sie sind nicht dazu verpflichtet, in jedem Fall für die Regierung zu stimmen. Die Regierung ihrerseits braucht nicht jeden Wunsch der Liberalen zu erfüllen. Es handelt sich um eine lockere Allianz, eine Absprache, dass man einander konsultieren wird. Weder Premierminister Callaghan noch der Parteichef der Liberalen, David Steel, bestreiten, dass wahltaktischer Opportunismus den Ursprung der Allianz gebildet hat. Sie nennen aber noch ein zweites Argument für die Allianzbildung: Es sei im Interesse Grossbritanniens, dass im Augenblick kein Wahlkampf und erst recht kein Regierungswechsel stattfinde, denn das Land befinde sich an einem wirtschaftspolitisch heiklen Punkt. Man habe die Sanierung der Wirtschaft eingeleitet, jetzt dürfe man nicht, wie früher immer, das kaum Begonnene schon wieder über Bord werfen und etwas anderes anfangen. Jetzt gelte es vielmehr, einmal eine eingeschlagene Politik reifen zu lassen, ihr die Chance zu geben, sich zu bewähren. Das ständige Hin und Her müsse aufhören. In weniger als zwei Jahren müssten auf jeden Fall Neuwahlen stattfinden, und da werde der Stimmbürger besser als heute beurteilen können, ob die Regierungspolitik zum Ziel führe oder nicht. Das Argument ist vertretbar, zumal die Konservativen unter Frau Thatcher keine konkrete Alternative anbieten. Sie sind sich nicht darüber einig, was sie tun würden, wenn sie an die Regierung kämen. Es lässt sich nicht voraussagen, wie sich die Allianz der Labourregierung mit den Liberalen bewähren wird. Sie kann sich als eine Belanglosigkeit erweisen oder kann eine Umgestaltung des politischen Lebens in Westminster einleiten. Gefahr droht ihr von zwei Seiten: Erstens sind die Liberalen darin unerfahren, wie man Einfluss ausübt; zweitens sind sie im Vergleich mit der Labourpartei so schwach, dass sie leicht vom Allianzpartner erdrückt werden könnten.

Ich fasse zusammen. 1. Die strukturelle Umgestaltung der Wirtschaft,

notwendig geworden durch den Verlust der Kolonien, wurde spät in Angriff genommen und ist erst in Ansätzen vollzogen. Dagegen schuf die am Ende des Zweiten Weltkriegs gewählte Labourregierung aus der Erinnerung an die Krisen der Zwischenkriegszeit kostspielige Sozialdienste, für die die finanzielle Grundlage damals nicht bestand und seither nicht geschaffen worden ist. Das Volk lebt über seine Verhältnisse hinaus. Erst in den siebziger Jahren begannen einige Politiker, dagegen anzukämpfen – Politiker sowohl unter der Regierung Heath wie unter Wilson und Callaghan. Ob sie erfolgreich sein werden, ist noch nicht erkennbar. 2. Die Schulen haben das viktorianische Erziehungsideal fallengelassen und widmen dem Fachunterricht mehr Aufmerksamkeit als früher. Doch die Qualität des Unterrichts leidet jetzt darunter, dass die Schule beauftragt wird, eine vorgezeichnete Gesellschaftsstruktur hervorzubringen. 3. Die Trennung zwischen den Gesellschaftsklassen ist nach wie vor stark ausgeprägt, obwohl zwischen den Klassen mehr Mobilität besteht als früher. 4. In der Industrie wird das Verhältnis zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern weiterhin vom Geist der Gegnerschaft geprägt. Den Arbeitern fehlt der Wille und den Unternehmern der Mut, gemeinsam die Modernisierung der Betriebe anzugehen. 5. Im Parlament haben die Mehrheitsverhältnisse zum erstenmal seit 1945 eine Regierung gezwungen, sich nach Partnern umzusehen. Möglicherweise stabilisiert die Allianz der Labourregierung mit den Liberalen die Wirtschaftspolitik, die bisher wegen des häufigen Wechsels der Parteien im Regierungsamts sich im Zickzack bewegte. Ob es wirklich dazu kommen wird, lässt sich noch nicht sagen. Eine Voraussetzung dafür wäre wohl, dass die nächsten Neuwahlen die unklaren Mehrheitsverhältnisse im Parlament bestehen lässt. 6. Ein neuer Versuch, die britische Währung zu sanieren, ist im Gang; ob er erfolgreicher verlaufen wird als die früheren, kann man noch nicht sagen. Erdöl aus dem Boden der Nordsee wird ab Anfang der achtziger Jahre für eine befristete Zeit den Eigenbedarf Grossbritanniens decken. Daraus werden sich Zahlungsbilanzüberschüsse ergeben. Den Hauptteil der Überschüsse wird man zur Schuldentilgung verwenden müssen. Wenn der Rest dazu gebraucht wird, die Industrie zu modernisieren, so wird das Öl zum Segen werden. Andernfalls, wenn auch dieses Geld wieder in den Konsum fließt, wird der Ölstrom, genau wie früher die Beistandskredite des Auslands, ohne Wirkung auf die Zukunft Grossbritanniens bleiben.

Und jetzt bitte ich den Leser, nach England zu reisen. Nicht bloss für ein paar Tage! Für ein paar Wochen, besser noch: für ein paar Monate. Dort ärgere er sich nicht über das schlechte englische Essen, das tatsächlich schlecht ist, auch nicht über die nicht immer zeitgemässen Einrichtungen in den Hotelzimmern und Wohnungen. Er genieße die schönen Park-

anlagen und schaue sich um, wie der Engländer lebt. Er wird feststellen, dass der Engländer das Leben genießt. Er nimmt es so, wie es ist, und versucht, sich möglichst bequem darin einzurichten. Sein Gärtchen hinter dem Haus ist ihm wichtiger als sein Arbeitsplatz; eine Maschine interessiert ihn eher als Bastelobjekt denn als Produktionsmittel. Weiter wird der Leser feststellen, wie zivilisiert sich in England das Leben noch abspielt, wie gesittet die Leute miteinander umgehen. Jeder achtet den andern, auch dessen Schrullen, und keiner läßt sich über den Leisten schlagen. Dann wird der Leser gegeneinander abzuwägen haben: das, was er sieht, in der einen Schale und in der andern das, was hier über die englische Krankheit berichtet worden ist. Ich möchte wissen, zu welchem Urteil er gelangt.

HERMANN BURGER

## Der Orchesterdiener

### *Ein Bewerbungsschreiben*

Ich, ja, ich, Herr Generalmusikdirektor, bin, wenn es nach meiner Wenigkeit ginge, bräuchten Sie gar keine weiteren Bewerbungen mehr, die ja nur Störkandidaturen sein können, abzuwarten, zweifelsohne der richtige, der seit langem gesuchte Mann für den vakanten, um nicht zu sagen verwaisten, ja nach dem Tod des legendären Urfer recht eigentlich verwaisten Posten eines Orchesterdieners bei der städtischen Philharmonie. Wie nur, so frage ich Sie und den von Ihnen präsierten Berufungsausschuss frank, konnte es sich ein so reputierter Klangverein wie das hiesige Symphonieorchester einen ganzen Konzertsommer lang leisten, auf ein so wichtiges Komplettierungsmitglied seiner Garnitur zu verzichten? Ich will hier nicht in den Enthymnisierungs-Tenor gewisser Kritiker einfallen, aber das Gebotene war wirklich dementsprechend. Die Enigma-Variationen von Elgar, durchgefallen, die Turangalîa-Symphonie, durchgefallen, Bruckners Vierte, durchgefallen, und dies nur, so meine, dem Weltbild eines Orchesterdieners entsprechende Ansicht, weil hinter der Bühne, sagen wir mal: der disphonische Brennpunkt fehlte, was ich noch erläutern werde. Keine Formation der Welt hätte eine solch elementare Lücke, eine solche Besetzungskluft